

Die Militarisierung der EU und die Rolle Deutschlands

Neben der Aufklärung sehen wir unsere Aufgabe darin, den Gegendruck gegen die sich rasant entwickelnde Militarisierung der EU zu verstärken. Adressat ist unsere Regierung, die bei dem Projekt eine treibende Kraft ist.

Deutschland gehört nach den Vereinigten Staaten, Russland und Frankreich auf den Platz vier der weltgrößten Waffenhändler. Zu den Empfängern zählen auch Diktaturen und autoritäre Regime in Afrika, Asien, Lateinamerika und Europa, die die Menschenrechte mit Füßen treten. Die aus Deutschland gelieferten Waffen feuern zudem bestehende Konflikte an. Im Augenblick steht das Moratorium für Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien zur Disposition. Es wurde erst nach der Ermordung Kashoggis verhängt, obwohl tausende jemenitische Zivilisten seit März 2015 Opfer des von Saudi-Arabien geführten völkerrechtswidrigen Krieges in Jemen wurden.

Die deutsche Regierung will innerhalb der NATO und zugleich auch im autonomen Bündnis im Rahmen der EU als weltpolitischer Akteur militärisch Stärke zu zeigen. Bereits in dem Strategiepapier: „Neue Macht Neue Verantwortung, Elemente einer deutschen Sicherheits- und Außenpolitik für eine Welt im Umbruch“ aus dem Jahr 2013 wird als ein Ziel formuliert: „Deutschland braucht also die Nachfrage aus anderen Märkten sowie den Zugang zu internationalen Handelswegen und Rohstoffen.“ Und weiter: „Deutsche Außenpolitik wird sich weiterhin der gesamten Palette der außenpolitischen Instrumente bedienen, von der Diplomatie über die Entwicklungs- und Kulturpolitik bis hin zum Einsatz militärischer Gewalt.“

Folgerichtig entstand PESCO (seit Dezember 2017). Zu dem Zusammenschluss in der Militär- und Rüstungspolitik in der EU gehören 25 Staaten. Die Teilnehmer verpflichten sich zur kontinuierlichen »realen Aufstockung der Verteidigungshaushalte« und damit zu weiterer Aufrüstung. Die Vereinbarungen werden den militär-industriellen Komplex innerhalb der EU stärken und noch mehr Rüstungsexporte und Großprojekte wie die geplante Euro-Drohne ermöglichen. Ein deutsch-französisches Kerneuropa nimmt Gestalt an, Deutschland als dominierende Zentralmacht gewinnt auch militärisch an Einfluss.

Nach der Kündigung des IFN-Vertrages für Mittelstreckenwaffen erhöht sich die Gefahr eines Atomkrieges. Die große Mehrheit der Staaten der Welt hat bereits 2017 in den Vereinten Nationen ein Verbot von Atomwaffen beschlossen. Deutschland blockiert jedoch gemeinsam mit den Atomwaffen- und anderen NATO-Staaten weiterhin den Verbotprozess. Der Militärflughafen (Fliegerhorst) Büchel liegt in der Eifel in Rheinland-Pfalz. Dort üben deutsche Piloten mit Bundeswehr-Tornados im Rahmen der „nuklearen Teilhabe“ die US-Atombomben ins Zielgebiet zu fliegen und abzuwerfen. Eine „Modernisierung“ ist geplant. Die freifallenden Waffen sollen durch Lenkwaffen ersetzt werden, mit einer größeren Zielgenauigkeit, mit unterschiedlicher Spreng- und auch als bunkerbrechende Kraft. Damit wird die Hemmschwelle für den Einsatz gesenkt.

Die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) ruft deshalb Städte und Gemeinden dazu auf, sich für die Unterzeichnung des Atomwaffenverbots einzusetzen, um den Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen. Die Bremische Bürgerschaft hat ihren Senat schon mit einer Bundesratsinitiative für das Atomwaffenverbot beauftragt. Wiesbaden, Main, Marburg und Köln haben sich dem ICAN Städteappell angeschlossen.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich auch Berlin dem Städteappell anschließt.

**Die AG Globalisierung und Krieg trifft sich jeden 4. Mittwoch im Monat
im attac-treff in der Grünberger Str.24, Friedrichshain**

